

304926-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Komplett- oder Teilbauleistungen im Hochbau sowie Tiefbauarbeiten – Totalunternehmerleistungen (Bau- und Planungsleistungen) für das Neubauprojekt RIZ in Bayreuth

OJ S 91/2025 13/05/2025

**Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Bauleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Bayreuth Hochbauamt

E-Mail: hochbauamt@stadt.bayreuth.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Totalunternehmerleistungen (Bau- und Planungsleistungen) für das Neubauprojekt RIZ in Bayreuth

Beschreibung: Der Auftraggeber überträgt dem Auftragnehmer die Planung in Anlehnung an die HOAI ab LPH 2, den schlüsselfertigen, funktionsbereiten und zur Aufnahme des Betriebs durch den AG geeigneten Bau eines neuen Regionalen Gründer- und Innovationszentrums (RIZ) auf dem vorliegenden Grundstück. Der derzeit vorhandene Parkplatz ist durch den AN abzubrechen und das Baugebiet für den Neubau entsprechend vorzubereiten. Das RIZ ist mit bis zu vier Stockwerken ohne Untergeschoss mit flexibler Raumteilung und dem Haupteingang in Richtung des „Platz E&I/RIZ“ durch den AN zu planen und zu errichten. Der Geländeverlauf bedingt, dass das unterste Geschoss zweiseitig ins Gelände eingebaut wird. Die technische Erschließung erfolgt von der Universitätsstraße im Süden.

Kennung des Verfahrens: c4f1f227-030e-4aec-bc9b-5216b98b1aaf

Interne Kennung: 2025-1

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45200000 Komplett- oder Teilbauleistungen im Hochbau sowie Tiefbauarbeiten

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Bayreuth, Kreisfreie Stadt (DE242)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1. Der Teilnahmeantrag besteht aus dem Bewerbungsbogen und weiteren gegebenenfalls vorzulegenden Nachweisen; die Vergabeunterlagen sind auf der Vergabepattform (www.deutsche-evergabe.de) eingestellt. Die Anträge können ausschließlich

von registrierten Bewerbern über die Vergabeplattform (www.deutsche-evergabe.de) in Textform eingereicht werden. Zur Einreichung des Teilnahmeantrags ist die (natürliche) Person, die die Abgabe des Teilnahmeantrags erklärt, mit Vor- und Nachname zu benennen. Eine gesonderte Unterschrift sowie eine fortgeschrittene oder qualifizierte Signatur sind für den Teilnahmeantrag nicht erforderlich. Für Weiteres wird auf das Informationsmemorandum verwiesen. Nicht fristgerecht eingereichte Teilnahmeanträge bzw. schriftliche (in Papierform eingereichte) oder formlose Anträge werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt.

2. Die Kommunikation (Fragen, Auskünfte) erfolgt ausschließlich über die Vergabeplattform. Fragen und Anmerkungen zu den Vergabeunterlagen sind über die Kommunikationsebene der in dieser Bekanntmachung genannten Vergabeplattform bis spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist zu richten. Verbindliche Stellungnahmen werden als Erläuterungen, Konkretisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen auf der Vergabeplattform bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist veröffentlicht. Die Bieter sind verpflichtet, sich bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist auf genannten Vergabeplattform zu informieren, ob sich Erläuterungen, Konkretisierungen oder Änderungen in den Vergabeunterlagen ergeben haben. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich die Notwendigkeit ergeben kann, die Angebotsfrist auch noch innerhalb dieser 6 Kalendertage zu verschieben.

3. Der Auftraggeber hat für die Einreichung der Teilnahmeanträge einen Bewerbungsbogen erstellt. Dieser ist zu verwenden.

4. Die in der Bekanntmachung enthaltenen Zeitangaben stehen unter dem Vorbehalt der Anpassung und Aktualisierung. Der Auftraggeber behält sich vor, bei Unterschreitung der Mindestzahl von drei zulassungsfähigen Bewerbungen oder drei wertungsfähigen Angeboten das Vergabeverfahren einzustellen.

5. Der öffentliche Auftraggeber behält sich vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen. Vorbehalten ist auch die Abwicklung des Verfahrens in aufeinanderfolgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote.

6. Weitere Angaben zu Inhalt und Ablauf des Teilnahmewettbewerbs sind dem Informationsmemorandum zu entnehmen.

7. a) Bewerbungsgemeinschaften müssen den Teilnahmeantrag als Bewerbungsgemeinschaft einreichen. Zum Nachweis des Vorliegens einer Bewerbungsgemeinschaft muss eine ausdrückliche Erklärung der Bewerbungsgemeinschaft mit dem Teilnahmeantrag eingereicht werden, in welchem die Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft benannt werden sowie dasjenige Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft, welches die Bewerbungsgemeinschaft im vorliegenden Vergabeverfahren gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt. Die Aufteilung der Leistungsbereiche bzw. Aufgaben auf die einzelnen Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft im Auftragsfall ist darzustellen.

b) Bei Vorliegen einer Bewerbungsgemeinschaft sind die unter 5.1.9 der Bekanntmachung genannten Unterlagen (mit Ausnahme der Referenzen) für jedes Mitglied vorzulegen.

c) Beabsichtigt ein Bewerber oder ein Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft, sich zum Nachweis seiner finanziellen, wirtschaftlichen oder technischen Leistungsfähigkeit auf Dritte (z.B. Nachunternehmer) zu berufen, so sind die unter Ziffer 5.1.9 benannten Unterlagen für die anderen Unternehmen insoweit vorzulegen, als die Bezugnahme auf die Leistungsfähigkeit Dritter erfolgt. Nach Aufforderung ist zusätzlich die Verpflichtungserklärung des Dritten vorzulegen, nach deren Inhalt die rechtlich und tatsächlich abgesicherte Verfügbarkeit über die entsprechenden Ressourcen des Dritten nachgewiesen wird. Beabsichtigt der Bewerber, im Hinblick auf vorzulegenden Nachweise für die berufliche Leistungsfähigkeit (Referenzen) die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen, so ist durch dieses ausdrücklich zu bestätigen, dass sie die Leistungen als Subunternehmer im Auftragsfall erbringen wird, für die diese Kapazitäten benötigt werden. Soll im Hinblick auf Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch genommen werden, so ist vorgesehen, dass der Bewerber / die Bewerbungsgemeinschaft und diese

Unternehmen gemeinsam für die Auftragsausführung haften. Eine entsprechende Bestätigung ist auf Anforderung des Auftraggebers vorzulegen. 8. Nach Art. 5k der Verordnung (EU) 2022 /576 vom 08.04.2022 ist es verboten, öffentliche Aufträge an Unternehmen zu vergeben, die einen Bezug zu Russland im Sinne dieser Verordnung aufweisen. Über das Nichtvorliegen eines solchen Bezugs genügt die Abgabe einer Eigenerklärung durch die Bieter. 9. Der Auftrag steht unter dem Vorbehalt der Sicherstellung der Finanzierung. 10. Soweit als Nachweis Eigenerklärungen ausreichen, sind darüber hinaus keine Bescheinigungen oder Erklärungen von Behörden oder sonstigen Einrichtungen vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, bei Zweifeln an der Erfüllung der vorgenannten Vorgaben Bescheinigungen oder Erklärungen im vorgenannten Sinne zu fordern. Ein Hinweis auf eine Präqualifizierung des Bewerbers kann die Einreichung der in der vorliegenden Bekanntmachung aufgeführten Nachweise und Eigenerklärungen nicht ersetzen, da die für die Präqualifizierung geforderten Angaben und Eigenerklärungen nicht mit den vorliegend vorgegebenen Erklärungen und Nachweise inhaltlich übereinstimmen. 11. Der Auftraggeber behält sich unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung vor, die Bewerber aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen oder sonstige Nachweise nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren. Der Auftraggeber wird anschließend die vollständigen Teilnahmeanträge inhaltlich prüfen. Die Prüfung bezieht sich auf die Einhaltung etwaiger in Ziff. 5.1.9 genannter Mindestanforderungen. Unbeschadet etwaiger Mindestanforderungen wird der Auftraggeber inhaltlich prüfen, ob die grundsätzliche Eignung des Bewerbers nach den in Ziff. 5.1.9 genannten Unterlagen vorliegt. Kann im Ergebnis die grundsätzliche Eignung nicht bejaht werden, wird der Teilnahmeantrag nicht berücksichtigt. Eine ggf. erforderliche Bewertung der Teilnahmeanträge und einer AUSWAHL DER VIER GEEIGNETSTEN BEWERBER erfolgt gemäß der unter Ziff. 5.1.9 jeweils genannten AUSWAHLKRITERIEN hinsichtlich der Referenzen. Bei gleicher Wertungszahl wird durch ein Losverfahren entschieden.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vob-a -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Korruption:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrug:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Zahlungsunfähigkeit:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen:

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Totalunternehmerleistungen (Bau- und Planungsleistungen) für das Neubauprojekt RIZ in Bayreuth

Beschreibung: Die Stadt Bayreuth plant den Neubau eines Regionalen Gründer- und Innovationszentrums auf dem Campus der Universität Bayreuth. Das Baugebiet befindet sich im nordöstlichen Bereich des Universitätsgeländes mit ca. 4.000 m². Das Baufenster hat eine Größe von ca. 1.300 m². Auf dem südwestlich angrenzenden Grundstück mit ca. 4.000 m² wird voraussichtlich zeitlich überschneidend das Entwicklungszentrum E&I errichtet. (Dieses Nebengebäude (E&I) soll in die Planung und den Bauablauf einbezogen werden, um damit mögliche Komplikationen frühzeitig zu erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen einsteuern zu können.) Die Koordination ist durch den AN vollständig und eigenverantwortlich zu übernehmen. Die städtebauliche Erschließung erfolgt über die Universitätsstraße. Das Grundstück ist zu Fuß, per Individualverkehr und durch den ÖPNV zu erreichen. Insbesondere sollen ca. 2.300 m² NUF Seminar- und Besprechungsräume, CoWorking-Areas und verschiedene Bürotypen für insgesamt 130 Arbeitsplätze sowie ein größerer Nass- und Duschbereich geplant werden. Mit den Ruhezeiten und Teeküchen, sowie der Café Lounge werden zwischen den in Cluster eingeteilten Bürobereichen Synergien als Aufenthalts- und Gemeinschaftsflächen geschaffen. Das Raumprogramm liegt im Entwurf vor. Die Bauweise wird offen ausgeschrieben. Wünschenswert ist eine nachhaltige Bauweise mit rezyklierten Baustoffen oder eine Hybridbauweise; Modul-/Systembauweisen sind ebenfalls zulässig. Das Gebäude ist gemäß aktuell gültigem gesetzlichen Energiestandard gemäß GEG zu planen und zu errichten. Die Außenanlage ist ebenfalls durch den AN zu planen und zu errichten. Es ist die maximale Fläche für PKW- und Fahrradstellplätze zu planen und herzustellen so wie ein Grünbereich gemäß beigefügtem Lageplan und baurechtlichen Vorschriften herzustellen. Der Neubau steht zeitlich gesehen im Kontext mit einer gesamthaften städtebaulichen Entwicklung der Universität im Bereich Bayreuth Süd zwischen den Stadtteilen Birken und Oberkonnersreuth. Angrenzend und auf demselben Grundstück wird durch das Staatliche Bauamt Bayreuth parallel der Neubau des Entwicklungszentrums E&I mit 4 Vollgeschossen und einem Staffelgeschoss (UG bis 3. OG sowie Staffelgeschoss) errichtet. Ebenfalls parallel findet die Ausführung der Erschließungsstrasse für das nördliche Universitätsgelände statt. Aus diesem Grund müssen die Belange des Grundstücks hinsichtlich z.B. der Baustelleneinrichtung und Schnittstellen in der Erschließung genauestens abgestimmt werden. Diese zeitlichen und räumlichen Abhängigkeiten prägen das vorliegende Projekt RIZ im Hinblick auf den Bauzeitplan und dem eng getakteten Fertigstellungstermin entsprechend. Der Auftragnehmer wird verpflichtet, sämtliche Leistungen und Lieferungen, die die mangelfreie, schlüsselfertige Herstellung des Werkes erfordert, zu erbringen. Planungsleistungen beinhalten insbesondere alle notwendigen Grund- und Besonderen Leistungen aller Leistungsbilder und -phasen ab der Leistungsphase 2 in Anlehnung an die Anlagen zur HOAI, in der jeweils gültigen Fassung sowie Gutachten und sonstige Ingenieurleistungen. Das Werk muss die vereinbarten Qualitäten aufweisen, deren Anforderungen sich aus der vertraglich zu vereinbarenden funktionalen

Leistungsbeschreibung ergeben, den allgemein anerkannten Regeln der Technik und sämtlicher geltender technischer Standards, insbesondere EN und DIN-Normen, VDE-, VDI-, VDS- und TÜV-Vorschriften, Herstellerrichtlinien – jeweils zum Zeitpunkt der Abnahme – entsprechen, und genehmigungsfähig, vollständig fertig sowie funktions- und betriebsbereit sein. Es muss sich uneingeschränkt für die vertraglich vorgesehenen Nutzungen und für den vertraglichen sowie bestimmungsgemäßen Betrieb eignen. Damit sind die Lieferung und Leistung, inklusive aller Vor-, Neben- und Nacharbeiten für die vollständige Erbringung der Bauleistungen gemeint. Dies gilt insbesondere einschließlich Baustelleneinrichtung, Bemusterung, in Abstimmung mit der Stadt Bayreuth, SiGeKo und Herstellung der Freianlagen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Stadt Bayreuth beabsichtigt, für die zu erbringenden planerischen und baulichen Leistungen für das Regionale Gründer- und Innovationszentrum sowie der Außenanlagen, ein Budget von 17,60 Mio. € brutto (KG 200 bis 700) vorzusehen. Der Betrag sollte unterschritten werden und beinhaltet sämtliche Nebenkosten (siehe zu den weiteren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen das Informationsmemorandum und Ziff. 2.1.4 dieser Bekanntmachung).

Interne Kennung: 0001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45200000 Komplett- oder Teilbauleistungen im Hochbau sowie Tiefbauarbeiten

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Bayreuth, Kreisfreie Stadt (DE242)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 27/02/2026

Enddatum der Laufzeit: 28/04/2028

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung über den gemittelten Gesamtumsatz des Bewerbers aus den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (netto). Für die Verwendung eines vom Auftraggeber vorgegeben Bewerbungsbogens und die Prüfung der Teilnahmeanträge wird auf Ziff. 2.1.4 verwiesen.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung des Bewerbers, dass im Auftragsfall der Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung mit folgendem Inhalt vorgelegt wird:

Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen von über mindestens 3,0 Mio. Euro für

Personenschäden und mindestens 5,0 Mio. Euro für sonstige Schäden, jeweils je Schadensfall. Die Versicherung muss während der gesamten Vertragslaufzeit unterhalten und nachgewiesen werden. Es ist zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der genannten Deckungssummen besteht. Zudem muss die Ersatzleistung der Versicherung mindestens das Zweifache der o.g. Deckungssummen pro Jahr betragen (2-fach maximiert). Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft eine entsprechende Eigenerklärung abzugeben und zusätzlich zu erklären, dass im Auftragsfall die schriftliche Erklärung des Versicherers bzw. die entsprechende Passage aus dem/den Vertrag/Bedingungen beigelegt wird, wonach die Versicherung auch bei der Betätigung des Bewerbers als Partner einer ARGE, bei Schäden, die vom Versicherungsnehmer verursacht werden, zu den o.g. Bedingungen eintritt. Für die Verwendung eines vom Auftraggeber vorgegeben Bewerbungsbogens und die Prüfung der Teilnahmeanträge wird auf Ziff. 2.1.4 verwiesen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: Vorlage jeweils einer Referenz, bezogen auf den Leistungsbereich Schlüsselfertigbau Gebäude (Referenzkategorie 1, Referenzen R.1/ R.2). MINDESTVORGABEN je Referenz: Die Referenz ist nachzuweisen anhand eines Referenzobjekts, das alle folgenden Kriterien erfüllen muss: 1. Neubau Schlüsselfertigbau eines Büro- / Verwaltungsgebäudes im Bereich Hochbau mit Projektvolumen (KG 200-700, ohne KG 600 nach DIN 276 in aktueller Fassung) von ≥ 11 Mio. EUR netto. 2. Abnahme ab dem 01.01.2020 Folgende Leistungen wurden für das genannte Referenzobjekt im Referenzzeitraum (2020 bis Ende Bewerbungsfrist) erbracht und abgeschlossen: 1. Realisierung des vorgenannten Referenzobjekts Nachfolgende Kriterien werden anhand des genannten Referenzobjekts bewertet (AUSWAHLKRITERIEN für eine ggf. erforderliche Bewertung der Teilnahmeanträge und Auswahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabepflichtig sind, siehe auch Ziff. 5.1.9 und Ziff. 2.1.4): - Inbetriebnahme-Datum (ab dem 1.1.2020/ 1.1.2023) - Bauvolumen (ab 11 bis < 14 Mio. EUR netto/ von 14 bis < 17 Mio. EUR/ ab ≥ 17 Mio. EUR, jeweils netto, KG 200-700, ohne KG 600 nach DIN 276) - Massivbauweise mit rezyklierten Baustoffen/ Hybridbauweise - Verwaltungsgebäude der öffentlichen Hand --- Für jede Referenz werden in der "Kurzbeschreibung Objekt" der jew. Formblätter des Bewerbungsbogens (FBI. 4) Angaben erwartet zu Bezeichnung und Standort des Referenzobjekts mit Angaben der Netto-Baukosten, Beschreibung der Art und des Umfangs der erbrachten Leistungen für das Referenzobjekt und Zeitraum der Leistungserbringung. Für die Verwendung eines vom Auftraggeber vorgegeben Bewerbungsbogens und die Prüfung der Teilnahmeanträge wird auf Ziff. 2.1.4 verwiesen. Es muss bezogen auf den jew. genannten Leistungsbereich/Referenzkategorie, jew. mindestens eine Referenz vorliegen, welche alle Mindestvorgaben – hinsichtlich Referenzobjekt und Leistungserbringung – erfüllt. Die Leistungen bzw. LPHen, die eingebracht werden, müssen im Referenzzeitraum - 1.1.2020 bis Ende der Bewerbungsfrist - erbracht und abgeschlossen worden sein. Alle Mindestvorgaben ergeben sich aus der Matrix Auswahlkriterien. Der jeweilige Referenznehmer muss die Leistungen im Referenzprojekt, mit denen die Mindestvorgaben an die Referenz erfüllt werden, selbst ausgeführt haben. Nicht erforderlich ist, dass die Leistung ausschließlich durch den Referenznehmer ausgeführt wurde, vielmehr reicht es aus, wenn dieser diese Leistung zusammen mit anderen Unternehmen, insbes. anderen ARGE-Mitgliedern bzw. INGE-Mitgliedern und/oder Nachunternehmern ausgeführt hat; die bloße Mitgliedschaft in einer ARGE bzw. INGE, die die betreffenden Leistungen im Referenzprojekt ausgeführt hat, genügt als solche nicht, selbst wenn der Referenznehmer leitende Funktionen in der ARGE bzw. INGE innehatte (z.B. Projektleitung, Bauoberleitung, technische oder kaufmännische Federführung, o.ä.). Nicht ausreichend sind auch bloße

Unterstützungsleistungen oder Zurverfügungstellung von Knowhow, Beratern o.ä. Hierzu sind die vom Referenznehmer selbst ausgeführten Leistungen und insbesondere sein Eigenleistungsanteil anzugeben. Erfüllt der Bewerber diesen Mindeststandard nicht, wird er mangels Eignung vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Im Falle einer Eignungsleihe muss der Referenznehmer die Leistungen des Leistungsbereichs, für den die Referenz vorgelegt wird, selbst ausführen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Vorlage jeweils einer Referenz, bezogen auf den Leistungsbereich Objektplanung Gebäude (Referenzkategorie 2, Referenzen R.3/R.4):

MINDESTVORGABEN je Referenz in Referenzkategorie 2: Die Referenz ist nachzuweisen anhand eines Referenzobjekts, das alle folgenden Kriterien erfüllen muss: 1.

Planungsgegenstand ist der Neubau eines Verwaltungs-/ Bürogebäudes im Bereich Hochbau mit Komplexität mindestens der Honorarzone III sowie Leistungsphasen 3 und 5 in Anlehnung an die HOAI; 2. Herstellkosten des Gebäudes (KG 200-500 nach DIN 276 in aktueller Fassung) mind. 4 Mio. EUR netto; 3. Die Leistung wurde vollständig erbracht (gemeint bis einschließlich LPH 8) ab dem 1.1.2020. Alle folgenden Grundleistungen im Sinne der Anlage 10 zu § 34 Abs. 4 HOAI (LPH 3 und 5) wurden für das genannte Referenzobjekt im Referenzzeitraum erbracht und abgeschlossen: LPH 3: - Erarbeiten der Entwurfsplanung, unter weiterer Berücksichtigung der wesentlichen Zusammenhänge, Vorgaben und Bedingungen auf der Grundlage der Vorplanung und als Grundlage für die weiteren Leistungsphasen und die erforderlichen öff.-rechtl. Genehmigungen unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter. Zeichnungen nach Art und Größe des Objekts im erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad unter Berücksichtigung aller fachspezifischen Anforderungen, zum Beispiel bei Gebäuden im Maßstab 1:100, zum Beispiel bei Innenräumen im Maßstab 1:50 bis 1:20 LPH 5: - Erarbeiten der Ausführungsplanung mit allen für die Ausführung notwendigen Einzelangaben (zeichnerisch und textlich) auf der Grundlage der Entwurfs- und Genehmigungsplanung bis zur ausführungsfähigen Lösung, als Grundlage für die weiteren Leistungsphasen - Ausführungs-, Detail- und Konstruktionszeichnungen nach Art und Größe des Objekts im erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad unter Berücksichtigung aller fachspezifischen Anforderungen, zum Beispiel bei Gebäuden im Maßstab 1:50 bis 1:1, zum Beispiel bei Innenräumen im Maßstab 1:20 bis 1:1 Nachfolgende Kriterien werden anhand des genannten Referenzobjekts bewertet

(AUSWAHLKRITERIEN für eine ggf. erforderliche Bewertung der Teilnahmeanträge und Auswahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabepflichtig sind, siehe dazu Ziff. 5.1.9 und Ziff. 2.1.4): - anrechenbare Herstellkosten (in Höhe von 4 bis < 5 Mio. EUR/ 5 bis <6 Mio. EUR/ ≥ 6 Mio. EUR, jeweils netto, KG 200 bis 500, ohne KG 400 nach DIN 276). - offene Gebäudestrukturen zur Förderung der Kommunikation, der Kommunikation der Nutzer oder für Veranstaltungen - Planung des genannten Referenzprojekts für einen Öffentlichen Auftraggeber oder Sektorenauftraggeber - Alle folgenden Grundleistungen im Sinne der Anlage 10 zu § 34 Abs. 4 HOAI (LPH 2) wurden für das vorgenannte Referenzobjekt vom Referenznehmer im Referenzzeitraum erbracht und abgeschlossen: o Analysieren der Grundlagen, Abstimmen der Leistungen mit den fachlich an der Planung Beteiligten o Erarbeiten der Vorplanung, Untersuchen, Darstellen und Bewerten von Varianten nach gleichen Anforderungen, Zeichnungen im Maßstab nach Art und Größe des Objekts. - Alle folgenden Grundleistungen iSd Anlage 10 zu § 34 Abs. 4 HOAI (LPH 4) wurden für das vorgenannte Referenzobjekt vom Referenznehmer im Referenzzeitraum erbracht und abgeschlossen: o Erarbeiten und Zusammenstellen der Vorlagen und Nachweise für öffentlich-

rechtliche Genehmigungen oder Zustimmungen, einschließlich der Anträge auf Ausnahmen und Befreiungen, sowie notwendiger Verhandlungen mit Behörden unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter. - Für jede Referenz werden in der "Kurzbeschreibung Objekt" der jew. Formblätter des Bewerbungsbogens (FBl. 4) Angaben erwartet zu Bezeichnung und Standort des Referenzobjekts mit Angaben der Netto-Baukosten, Beschreibung der Art und des Umfangs der erbrachten Leistungen für das Referenzobjekt und Zeitraum der Leistungserbringung. Für die Verwendung eines vom Auftraggeber vorgegeben Bewerbungsbogens und die Prüfung der Teilnahmeanträge wird auf Ziff. 2.1.4 verwiesen. Es muss bezogen auf den jew. genannten Leistungsbereich /Referenzkategorie, jew. mindestens eine Referenz vorliegen, welche alle Mindestvorgaben – hinsichtlich Referenzobjekt und Leistungserbringung – erfüllt. Die Leistungen bzw. LPHen, die eingebracht werden, müssen im Referenzzeitraum - 1.1.2020 bis Ende der Bewerbungsfrist - erbracht und abgeschlossen worden sein. Alle Mindestvorgaben ergeben sich aus der Matrix Auswahlkriterien. Der jeweilige Referenznehmer muss die Leistungen im Referenzprojekt, mit denen die Mindestvorgaben an die Referenz erfüllt werden, selbst ausgeführt haben. Nicht erforderlich ist, dass die Leistung ausschließlich durch den Referenznehmer ausgeführt wurde, vielmehr reicht es aus, wenn dieser diese Leistung zusammen mit anderen Unternehmen, insbes. anderen ARGE-Mitgliedern bzw. INGE-Mitgliedern und/oder Nachunternehmern ausgeführt hat; die bloße Mitgliedschaft in einer ARGE bzw. INGE, die die betreffenden Leistungen im Referenzprojekt ausgeführt hat, genügt als solche nicht, selbst wenn der Referenznehmer leitende Funktionen in der ARGE bzw. INGE innehatte (z.B. Projektleitung, Bauoberleitung, technische oder kaufmännische Federführung, o.ä.). Nicht ausreichend sind auch bloße Unterstützungsleistungen oder Zurverfügungstellung von Knowhow, Beratern o.ä. Hierzu sind die vom Referenznehmer selbst ausgeführten Leistungen und insbesondere sein Eigenleistungsanteil anzugeben. Erfüllt der Bewerber diesen Mindeststandard nicht, wird er mangels Eignung vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Im Falle einer Eignungslleihe muss der Referenznehmer die Leistungen des Leistungsbereichs, für den die Referenz vorgelegt wird, selbst ausführen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Vorlage jew. einer Referenz, bezogen auf den Leistungsbereich Fachplanung Technische Ausrüstung Gebäude (Referenzkategorie 3, Referenzen R.5/R.6). MINDESTVORGABEN je Referenz in Referenzkategorie 3: Die Referenz ist nachzuweisen anhand eines Referenzobjekts, das alle folgenden Kriterien erfüllen muss: 1. Planungsgegenstand ist der Neubau eines Verwaltungs-/ Bürogebäudes im Bereich Hochbau mit Komplexität mind. Honorarzone III sowie LPH 3 und 5 in Anlehnung an HOAI; 2. Herstellkosten Gebäude (KG 400 nach DIN 276 in aktueller Fassung) mind. 3 Mio. EUR netto; 3. Die Leistung wurde vollständig erbracht (gemeint bis einschließlich LPH 8) ab dem 1.1.2020. Alle folgenden Grundleistungen iSd Anlage 15 zu § 55 Abs. 3 HOAI (LPH 3 und 5) wurden für das genannte Referenzobjekt im Referenzzeitraum erbracht und abgeschlossen: LPH 3: - Durcharbeiten des Planungskonzepts (stufenweise Erarbeitung einer Lösung) unter Berücksichtigung aller fachspezifischen Anforderungen sowie unter Beachtung der durch die Objektplanung integrierten Fachplanungen, bis zum vollständigen Entwurf - Festlegen aller Systeme und Anlagenteile - Berechnen und Bemessen der technischen Anlagen und Anlagenteile, Abschätzen von jährlichen Bedarfswerten (zB Nutz-, End- u. Primärenergiebedarf) u. Betriebskosten; Abstimmen des Platzbedarfs für technische Anlagen und Anlagenteile; Zeichnerische Darstellung des Entwurfs in einem mit dem Objektplaner abgestimmten Ausgabemaßstab mit Angabe maßbestimmender Dimensionen; Fortschreiben

und Detaillieren der Funktions- und Strangschemata der Anlagen; Auflisten aller Anlagen mit techn. Daten und Angaben zB für Energiebilanzierungen; Anlagenbeschreibungen mit Angabe der Nutzungsbedingungen LPH 5: - Erarbeiten der Ausführungsplanung auf Grundlage der Ergebnisse der LPH 3 und 4 (stufenweise Erarbeitung und Darstellung der Lösung) unter Beachtung der durch die Objektplanung integrierten Fachplanungen bis zur ausführungsfähigen Lösung -Fortschreiben der Berechnungen und Bemessungen zur Auslegung der technischen Anlagen und Anlagenteile; Zeichnerische Darstellung der Anlagen in einem mit dem Objektplaner abgestimmten Ausgabemaßstab und Detaillierungsgrad einschließl. Dimensionen (keine Montage- oder Werkstattpläne); Anpassen und Detaillieren der Funktions- und Strangschemata der Anlagen bzw. der GA-Funktionslisten Abstimmen der Ausführungszeichnungen mit dem Objektplaner und den übrigen Fachplanern. Nachfolgende Kriterien werden anhand des genannten Referenzobjekts bewertet (AUSWAHLKRITERIEN für eine ggf. erforderliche Bewertung der Teilnahmeanträge und Auswahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, siehe dazu Ziff. 5.1.9 und Ziff. 2.1.4): - anrechenbare Herstellkosten (iHv 3 bis < 4 Mio. EUR/ 4 bis < 5 Mio. EUR/ ≥ 5 Mio. EUR, jew. netto, KG 400 nach DIN 276) - Planung des genannten Referenzprojekts für einen Öff. Auftraggeber oder Sektorenauftraggeber - Alle folgenden Grundleistungen iSd Anlage 15 zu § 55 Abs. 3 HOAI (LPH 2) wurden für das vorgenannte Referenzobjekt vom Referenznehmer im Referenzzeitraum erbracht und abgeschlossen: o Erarbeiten Planungskonzept, dazu gehören zB: Vordimensionieren der Systeme und maßbestimmenden Anlagenteile, Untersuchen von alternativen Lösungsmöglichkeiten bei gleichen Nutzungsanforderungen einschließlich Wirtschaftlichkeitsvorbetrachtung, zeichnerische Darstellung zur Integration in Objektplanung unter Berücksichtigung exemplarischer Details, Angaben zum Raumbedarf - Alle folgenden Grundleistungen iSd Anlage 15 zu § 55 Abs. 3 HOAI (LPH 4) wurden für das genannte Referenzobjekt vom Referenznehmer im Referenzzeitraum erbracht und abgeschlossen: o Erarbeiten und Zusammenstellen der Vorlagen und Nachweise für öff.-rechtl. Genehmigungen oder Zustimmungen, einschließlich der Anträge auf Ausnahmen oder Befreiungen u. Mitwirken bei Verhandlungen mit Behörden. - Für jede Referenz werden in der "Kurzbeschreibung Objekt" der jew. Formblätter des Bewerbungsbogens (FBI. 4) Angaben erwartet zu Bezeichnung und Standort des Referenzobjekts mit Angaben der Netto-Baukosten, Beschreibung Art u. Umfang der erbrachten Leistungen für das Referenzobjekt und Zeitraum der Leistungserbringung. Für die Verwendung eines vom Auftraggeber vorgegebenen Bewerbungsbogens und die Prüfung der Teilnahmeanträge wird auf Ziff. 2.1.4 verwiesen. Es muss bezogen auf den jew. genannten Leistungsbereich/Referenzkategorie, jew. mindestens eine Referenz vorliegen, welche alle Mindestvorgaben – hinsichtlich Referenzobjekt und Leistungserbringung – erfüllt. Die Leistungen bzw. LPHen, die eingebracht werden, müssen im Referenzzeitraum - 1.1.2020 bis Ende der Bewerbungsfrist - erbracht und abgeschlossen worden sein. Alle Mindestvorgaben ergeben sich aus der Matrix Auswahlkriterien. Der jeweilige Referenznehmer muss die Leistungen im Referenzprojekt, mit denen die Mindestvorgaben an die Referenz erfüllt werden, selbst ausgeführt haben. Nicht erforderlich ist, dass die Leistung ausschließlich durch den Referenznehmer ausgeführt wurde, vielmehr reicht es aus, wenn dieser diese Leistung zusammen mit anderen Unternehmen, insbes. anderen ARGE-Mitgliedern bzw. INGE-Mitgliedern und/oder Nachunternehmern ausgeführt hat; die bloße Mitgliedschaft in einer ARGE bzw. INGE, die die betreffenden Leistungen im Referenzprojekt ausgeführt hat, genügt als solche nicht, selbst wenn der Referenznehmer leitende Funktionen in der ARGE bzw. INGE innehatte (z.B. Projektleitung, Bauoberleitung, techn. oder kaufm. Federführung, o.ä.). Nicht ausreichend sind auch bloße Unterstützungsleistungen oder Zurverfügungstellung von Knowhow, Beratern o.ä. Hierzu sind die vom Referenznehmer selbst ausgeführten Leistungen und insbesondere sein Eigenleistungsanteil anzugeben. Erfüllt der Bewerber diesen Mindeststandard nicht, wird er

mangels Eignung vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Im Falle einer Eignungsleihe muss der Referenznehmer die Leistungen des Leistungsbereichs, für den die Referenz vorgelegt wird, selbst ausführen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: a) Eigenerklärung, dass der Bewerber in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften (z. B. § 23 AentG, § 21 MiLoG, § 98c AufenthG, Vorschriften wegen illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften, §§ 22, 24 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz), die zu einer Eintragung im Gewerbezentralregister bzw. Wettbewerbsregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 EUR belegt worden ist. Bei Vorliegen von Ausschlussgründen wird der Auftraggeber Angaben der Bewerber zur Selbstreinigung nach § 125 GWB sowie den zulässigen Zeitraum für Ausschlüsse nach § 126 GWB berücksichtigen. b) Der Bewerber hat - soweit aus Platzgründen möglich im Bewerbungsbogen an der dafür vorgesehenen Stelle, andernfalls auf einer Anlage zum Bewerbungsbogen - seine Gesellschafts- und Konzernstruktur mindestens insoweit offenzulegen und hieraus nachzuweisen, dass er von keiner gesellschafts-/konzernrechtlichen oder personellen Verflechtungen mit anderen Architektur-/ Ingenieurbüros oder mit Bau- oder Lieferfirmen betroffen ist, welche geeignet sind, im Auftragsfall bei einem Auftraggeber die Besorgnis eines gegenwärtigen oder zukünftigen Interessenkonflikts i. S. v. § 6 EU Abs. 3 Nr. 4 VOB/A auszulösen. c) Eigenerklärung zur beruflichen Qualifikation aa) Soweit Bewerber/Mitglied der Bewerbergemeinschaft/anderes Unternehmen der Eignungsleihe Bauleistungen erbringt darüber, - dass der Bewerber Mitglied in der Berufsgenossenschaft bzw. Mitglied beim zuständigen Versicherungsträger ist; - dass der Bewerber in die Handwerksrolle, das Berufsregister oder das Register der Industrie- und Handelskammer unseres Sitzes oder Wohnsitzes eingetragen ist. bb) Soweit Bewerber /Mitglied der Bewerbergemeinschaft/anderes Unternehmen der Eignungsleihe Planungsleistungen erbringt darüber, - dass das Unternehmen/Büro i.S. natürlicher oder juristischer Person eine Qualifikation als Architekt und/oder (Diplom-) Ingenieur (FH/Univ.) der Fachrichtung Architektur oder Bauingenieurwesen oder gleichwertige Hochschulabschlüsse oder Qualifikationen (z.B. staatlich geprüfter Techniker) nachweisen kann. Die Nachweise müssen dem Teilnahmeantrag beigelegt werden. Sofern es sich beim Bewerber um eine juristische Person handelt, ist die Qualifikation des benannten verantwortlichen Berufsangehörigen nachzuweisen (analog § 75 (3) VgV). Ist der Bewerber eine Bewerbergemeinschaft, ist der Nachweis der entsprechenden beruflichen Qualifikation von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen. Im Fall der Eignungsleihe muss jedes Unternehmen, auf dessen Ressourcen sich der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung beruft, eine entsprechende berufliche Qualifikation nachweisen. Für die Verwendung eines vom Auftraggeber vorgegeben Bewerbungsbogens und die Prüfung der Teilnahmeanträge wird auf Ziff. 2.1.4 verwiesen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Begründung, warum die Gewichtung der Zuschlagskriterien nicht angegeben wurde: Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind in den Vergabeunterlagen aufgeführt

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/c4f1f227-030e-4aec-bc9b-5216b98b1aaf

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 25/07/2025

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/c4f1f227-030e-4aec-bc9b-5216b98b1aaf

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 16/06/2025 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Bitte beachten: Um einen eventuellen Ausschluss des Angebotes zu vermeiden, legen Sie bitte die geforderten Nachweise und Erklärungen dem Angebot unbedingt vollständig bei.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Nordbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: (1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber /Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen.

(2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind,

sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Bayreuth Hochbauamt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Bayreuth Hochbauamt

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Bayreuth Hochbauamt

Registrierungsnummer: 12714

Postanschrift: Luitpoldplatz 13

Stadt: Bayreuth

Postleitzahl: 95444

Land, Gliederung (NUTS): Bayreuth, Kreisfreie Stadt (DE242)

Land: Deutschland

E-Mail: hochbauamt@stadt.bayreuth.de

Telefon: +49 921251564

Internetadresse: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Profil des Erwerbers: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Nordbayern

Registrierungsnummer: 9eb5691e-9954-45af-8645-86b3153d7bc7

Postanschrift: Promenade 27

Stadt: Ansbach

Postleitzahl: 91522

Land, Gliederung (NUTS): Bayreuth, Kreisfreie Stadt (DE242)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de

Telefon: +49 981531277

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: c4f1f227-030e-4aec-bc9b-5216b98b1aaf - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 09/05/2025 10:16:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 304926-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 91/2025

Datum der Veröffentlichung: 13/05/2025